


Tobin bleibt aktuell

Gordon Brown plädiert für Börsensteuer

VON WERNER BALSENGordon Brown (Bild:  rtr)

Der britische Premierminister Gordon Brown hat zur Finanzierung des Kampfes gegen die Armut und den Klimawandel erneut eine Steuer auf Finanztransaktionen ins Gespräch gebracht. Die reichsten Staaten der Erde müssten ihre Hilfsversprechen gegenüber den armen Ländern einhalten und gleichzeitig "neue Mittel im Kampf gegen den Klimawandel finden", schrieb Brown in Le Monde. Brown verwies darauf, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) "die Machbarkeit einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen" prüfe. Diese könne "bedeutende Einnahmen erzeugen".

Genau diese Frage ließ das Europäische Parlament prüfen: Bringt eine Steuer auf Finanztransaktionen, was ihre Befürworter erhoffen, oder sorgt sie nur für die negativen Effekte, die ihre Gegner befürchten. Deshalb gab das Hohe Haus eine Studie beim Brüsseler Think Tank Bruegel in Auftrag. Jede Steuer verfolgt zwei Ziele: Sie soll zum einen Geld in die staatlichen Kassen spülen und zum anderen die wirtschaftliche Tätigkeit einschränken, die mit der Abgabe belegt wird. Für das erste Ziel, argumentieren nun die Bruegel-Experten Jakob von Weizsäcker und Zsolt Darvas, empfiehlt sich die Besteuerung von Finanztransaktionen nur sehr bedingt.

Auch wenn die Abgabe in der Öffentlichkeit vor allem deshalb an Zustimmung gewinnt, weil die Banken an den Kosten der Krise beteiligt werden sollen, halten die beiden Ökonomen dieses Argument pro "Tobin-Steuer" für zu schwach. Um den Finanzsektor an den Kosten zu beteiligen, verweisen sie auf andere Formen der Besteuerung.

Spekulation verhindern

Für überzeugender halten sie die Begründung, mit einer Steuer unerwünschte Transaktionen an den Finanzmärkten einzuschränken. Damit ließe sich eine Zwangsabgabe durchaus rechtfertigen. Allerdings sollte eine Steuer auf Finanzgeschäfte nicht zu hoch ausfallen, weil sie dann auch Aktivitäten an den Märkten einschränken würde, die dem Gemeinwohl nützen. (mit afp)

Debatte



Erst kippen Banken - dann wackelt die Wirtschaft. Nun muss der Staat helfen. Reden Sie mit über

► **Wege aus der Krise**

? Quiz: **Testen Sie Ihr Wissen zur Finanzkrise!**

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

[document info]

Copyright © FR-online.de 2010

Dokument erstellt am 25.01.2010 um 17:43:03 Uhr

Letzte Änderung am 25.01.2010 um 18:15:06 Uhr

Erscheinungsdatum 26.01.2010 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=2230905&em_loc=31